



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 11. Sitzung des Seniorenbeirates (S/011/2016)

am Montag, 19. September 2016,

09:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr
Ende der Sitzung: 12:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
 Klaus Rentsch

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Karl-Heinz Kathert
 Dr. Peter Müller
 Siegfried Müßig
 Dr. Fritz Michalczyk
 Holger Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig
 Jürgen Dudeck
 Jürgen Eckoldt
 Monika Fiedler
 Dr. Sieglinde Hauffe
 Gertraud Kasten
 Klaus Kummer
 Gabriele Lohse
 Evelyn Müller
 Dr. Stefan Ritter
 Dr. Rotraut Sawatzki

Verwaltung:

Frau Dr. Kaufmann
 Herr Sittel
 Frau Lohse
 Herr Heine

Bürgermeisterin Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen
 Bürgermeister Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit
 Sozialamt
 Presseamt

Gäste:

Herr Lauber
 Frau Krause
 Herr Regel
 Herr Hoyer
 Frau Fuchs
 Frau Hermsdorf

Stadtverwaltung Leipzig
 verdi Gew.
 Sigus e. V.
 Verbraucherzentrale Sachsen
 Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt

Schriftführer/-in:

Frau Kinscher

Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1** Kontrolle der Festlegungen
- 2** Vorlagen Stadtrat
- 3** Vorbereitung/Beratung Arbeitsplan 2017
- 4** Öffentlichkeitsarbeit für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger der Landeshauptstadt Dresden
- 5** Sicherheit im Alter
- 6** Verbraucherschutz im Alter
- 7** PflegeNetz in Dresden
- 8** Informationen/Sonstiges

Nicht öffentlich

- 9** Informationen/Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Herr Stadtrat Rentsch eröffnet die 11. Sitzung des Seniorenbeirates. Beschlussfähigkeit ist festgestellt. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht.

Er informiert, dass TOP 5 geteilt wird, da Herr Bürgermeister Sittel aus terminlichen Gründen erst zu einem späteren Zeitpunkt teilnehmen könne.

Des Weiteren teilt er mit, dass Bürgermeisterin Frau Dr. Kaufmann teilnehmen und unter TOP „Sonstiges“ zum Thema „Haushalt“ sprechen werde.

Die Mitglieder stimmen dem zu.

1 Kontrolle der Festlegungen

keine Informationen

2 Vorlagen Stadtrat

keine Informationen

3 Vorbereitung/Beratung Arbeitsplan 2017

Herr Stadtrat Rentsch informiert, dass der neue Arbeitsplan für 2017 erarbeitet wurde, jedoch noch nicht abschließend. Wichtig sei, den Umfang an Tagesordnungspunkten der Beiratssitzungen im nächsten Jahr zu reduzieren. Stichpunktartig nenne er u. a. folgende Themen: Gehwege, Elberad- und –wanderweg, Gehwegbeleuchtung, öffentliche Toiletten, Wanderwege, Armut in Dresden, Sicherheit für ältere Bürger. Situationen in Pflegeheimen, Erinnerungskultur.

4 Öffentlichkeitsarbeit für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger der Landeshauptstadt Dresden

Herr Heine äußert, das Thema Zielgruppe sei bei der Öffentlichkeitsarbeit ein ganz wichtiges Thema. Im Bereich Medien für Senioren stehen folgende im Fokus und Herr Heine erläutert ausführlich:

- Printmedien (z. B. Amtsblatt),
- Veranstaltungen (z. B. Pflegestammtisch),
- Internet (z. B. Seniorenkalender).

Das Gestaltungshandbuch sei die interne Richtlinie z. B. beim Erstellen von Faltblättern, eine große Herausforderung die sprachliche Überarbeitung von Texten.

Frau Lohse, Amt 50, schließt an, in den letzten Jahren habe sich die Zusammenarbeit mit dem Presseamt sehr verbessert und erläutert ergänzend konkretere Maßnahmen, wie z. B. Seniorenkalender, Schaukastenaktion, Überarbeitung Internet. Lobbyarbeit liege noch sehr am Herzen, gelinge nur mäßig, es werde angedacht, eine Weiterbildung durchzuführen.

Herr Stadtrat Rentsch habe festgestellt, dass im Rathaus für viele Lebensbereiche Hinweise/Broschüre vorhanden sind, an die Senioren gedacht werde. Man müsse diese nur mehr nutzen.

Regionale Informationen nehme man besser an, fügt **Herr Dudeck** hinzu und er habe den Eindruck, der „normale Bürger“ werde sehr gut informiert, verbesserungswürdig seien die barrierefreien Informationen für Sinnesbehinderte, Sehbehinderte und Blinde.

Frau Böhmig äußere sich positiv zur Gestaltung des Amtsblattes, bemängelt jedoch die zu geringen Stückzahlen der Ausgaben. In Leipzig werde das Amtsblatt den Haushalten per Post zugeführt, diese Idee wäre auch für Dresden überlegenswert.

Dies sei kostenmäßig nicht möglich, antwortet **Herr Heine**. Die Stadt bemühe sich jedoch, die Auflage mindestens stabil zu halten oder gar zu erhöhen. Das Amtsblatt erscheine 14-tägig und die Seniorenausgabe 1 mal monatlich.

Da sich die Zuwanderungszahlen in Dresden erhöht haben, solle man dies mit berücksichtigen, meint **Frau Fieder**.

Dies werde mit bedacht, antwortet **Herr Heine**.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** beendet den Tagesordnungspunkt.

5 Sicherheit im Alter

Herr Lauber informiert zum Thema anhand einer Präsentation (s. Anlage) wie folgt:

- Seniorensicherheitsberatung
- Raubüberfälle auf ältere Menschen
- Entwicklung der Opferwerdung in Leipzig (2001-2012)
- Opfer in der Polizeilichen Kriminalstatistik
- Anteil der Raubüberfälle an der Gesamtkriminalität in Sachsen
- Ältere Menschen als Opfer von Raubüberfällen in Sachsen
- Ältere Menschen als Opfer von Handtaschenraub in Sachsen
- Sicherheitsempfinden
- Kriminalitätsparadox – andere Meinung
- Einflussfaktoren „Kriminalitätsfurcht“
- Seniorensicherheitsberater: Eckdaten

- Seniorensicherheitsberater: Ausbildung
- Seniorensicherheitsberater: Fortbildung
- Seniorensicherheitsberatung – Vernetzen!
- Beratungspraxis
- Erfahrungen
- Resonanz.

Frau Müller interessiert, wieviele Senioren dabei Täter sind.

Senioren als Opfer rücke er mehr in den Vordergrund, antwortet **Herr Lauber**. Allerdings werde es durch den demografischen Wandel deutliche Zuwächse bei Senioren als Straftäter geben, aktuell habe er dazu keine Zahlen aufbereitet.

Herr Dr. Müller fragt, wo sich ältere Menschen, die sich bedroht fühlen, hinwenden können bzw. ob das Thema „Gewalt in der Pflege“ in Leipzig behandelt werde.

Herr Lauber antwortet zu „Sicherheitsproblemen im Alter“ sei immer die Polizei Ansprechpartner, ebenso für das schwierige Thema „Gewalt in der Pflege“. Eine konkrete, erste Kontaktstelle gebe es in Leipzig nicht und er nehme dies als Anregung mit.

Frau Fiedler äußert, sie halte das Thema „Schutzwall“ wie z. B. Nachbarn für sehr wichtig und findet das Infoblatt der Stadt Leipzig, welches Herr Lauber verteilt hat, sehr gut. Für Dresden seien z. B. im Internet Telefonnummern der jeweiligen Polizeistellen teilweise nicht aktuell und sie gebe den Hinweis, dies solle jeder für den Notfall überprüfen.

Die Nachbarschaftshilfe – informelle Sozialkontrolle – sei in der gesamten Prävention das A und O, fügt **Herr Lauber** hinzu.

Frau Lohse könne sich vorstellen, im regionalen Fernsehen Aufklärung zu leisten.

In Leipzig seien in der Woche 2 Seniorenberater ins Seniorenradio eingeladen worden, dies müsse aber eben regelmäßig und öfters erfolgen, ergänzt **Herr Lauber**. Als Beispiel nenne er eine regelmäßige Broschüre mit einer Vielzahl an Informationsangeboten, Veranstaltungen des Sozialamtes sowie habe auch das Amtsblatt einen gigantischen Verbreitungsgrad.

Herr Bürgermeister Sittel erläutert, die Aufgaben im Bereich der Sicherheit der Landeshauptstadt Dresden, wie z. B. Sicherheit im Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz sowie die Wahrnehmung der Aufgabe des Ordnungsamtes. Die Fragen zur Kriminalitätsbekämpfung unmittelbarer Art und direkte Aufgaben zur Gefahrenabwehr gehören zur sächsischen Landespolizei. Die Schnittstelle zwischen Ordnungsamt und Polizei sei der kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Dresden. Zum Thema Sicherheit von Senioren informiere er u. a. wie folgt zu: Senioren als Opfer, Körperverletzung bei der Pflege, Opfer von Betrugshandlungen, wie Enkeltrick. Gegenstand seiner Ausführung sei die sehr deutliche Diskrepanz beim Thema Senioren zwischen Zahlen objektiver Kriminalitätsentwicklung und subjektivem Sicherheitsgefühl und erläutert umfänglich. Fragen zum subjektiven Sicherheitsgefühl werden alle 2 Jahre bei der Bürgerumfrage abgefragt. Hier werde deutlich, es gebe keinen objektiven Anstieg von Kriminalität, sondern eine erhebliche Beeinträchtigung auf der Ebene des subjektiven Sicherheitsgefühls. Hier sei man bei der Schnittstelle zwischen städtischen und polizeilichen Zuständigkeiten. Probleme, die mit Kriminalität zu tun haben werden in einer Großstadt, wie Dresden, wachsen, bei der Polizei werde Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung bei der Prioritätensetzung an erster Stelle stehen. Deshalb müsse

die Stadt noch stärker als bisher in den Ordnungsbereich einsteigen und erklärt dies ausführlich. Abschließend ergänzt er, im Bereich Ordnung und Sicherheit sehe er vor, den Bürgerservicebereich umzuschichten.

Frau Müller fragt, was das Ortsamt dagegen tun könne, gegen die Lärmbelästigung vor, während und nach Spielen im Dynamo-Stadion.

Das sei ein Themenfeld, wo es keine brauchbare Lösung gebe, antwortet **Herr Bürgermeister Sittel**. Die Problemlage mitten in der Stadt könne man nicht beheben.

Frau Dr. Sawatzki beziehe sich auf das Projekt von Seniorensicherheitsberatern der Stadt Leipzig, dies laufe seit 5 Jahren sehr gut und sie stelle die Frage, ob es möglich sei, dieses in Dresden zu verstätigen.

Herr Bürgermeister Sittel antwortet, er sehe als zentrale Voraussetzung dafür, dass sich ein ähnlicher Kreis von Akteuren finden müsse und dies im kriminalpräventiven Rat als Thema aufgegriffen werde, wo Stadt und Polizei gemeinsam am Tisch sitzen.

Zum Thema „Dynamo“ beziehe sich **Herr Müßig** auf die Anfrage von Frau Müller und präzisiert diese. Die Lärmbelästigung bei Fußballspielen der SG Dynamo Dresden e.V. im „DDV-Stadion“ wird als zu hoch und störend empfunden. Zum Thema „Ordnung und Sicherheit im Alter“ wird deshalb die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob die Lautstärke der Lautsprecheranlagen im Stadion nach unten geregelt werden könne.

Herr Kummer spreche das Problem Nachtabschaltung an, die Fußgängersicherheit müsse gewährleistet werden und erläutere ausführlich. Des Weiteren bemerkt er, die Funkzentrale 6333 sei überlastet, man bräuchte ein weitaus griffigeres Melde- und Beschwerdemanagement und ihm falle die Fluktuation des Gemeindevollzugsdienstes auf.

Zur 2-jährlichen Befragung fragt **Frau Fiedler**, wer Mitglied des kriminalpräventiven Rates sei, wieviele Personen befragt werden, nach welchen Prinzipien diese stattfindet, welche Schlussfolgerungen man daraus ziehe und ob Senioren mit einbezogen werden.

Die Befragung sei Teil der kommunalen Bürgerumfrage, teilt **Herr Bürgermeister Sittel** mit. Es könne durchaus angeboten werden, dass bei Interesse Frau Dr. Bischoff, Leiterin der Kommunalen Statistikstelle, zur Umfrage referiert. Grundsätzlich sei es so, dass Anregungen für die Fragen von den Geschäftsbereichen kommen, Anfragen von außen können mit eingebaut werden. Der kriminalpräventive Rat setze sich aus einem Vertreter der Geschäftsbereiche, Vertreter jeder Fraktion, Polizei, Staatsanwaltschaft zusammen sowie anlassbezogen zu den jeweiligen Themen Gäste.

Abschließend äußert **Frau Kasten**, dass eventuell ein Freiwilligenbüro mit Senioren und Jugendlichen z. B. der Polizei/der Stadt Unterstützung geben könnte.

Herr Stadtrat Rentsch schließt den Tagesordnungspunkt ab, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

6 Verbraucherschutz im Alter

Herr Hoyer berichtet zum Thema anhand einer Präsentation (s. Anlage) wie folgt:

- Struktur und Grundsätze
- Beratung

- Marktbeobachtung und rechtliche Aktivitäten
- Information
- Bildung.

Frau Lohse fragt, ob die Verbraucherzentrale in der Lage sei, z. B. Wohnungsgesellschaften zum Thema Sicherheit in Wohnungen zu beauftragen.

Nein, erwidert **Herr Hoyer**. Die Verbraucherzentrale sei ein Verein und habe keinerlei hoheitliche Befugnisse.

Herr Dr. Müller fragt zum Thema Gesundheit, wohin man die Personen verweise und wie die Pflegeberatung gesehen werde.

Das Thema Gesundheit dürfe aktuell nicht beraten werden, antwortet **Herr Hoyer**. Bei z. B. Patientenrechten bleibe als Ansprechpartner der Anwalt oder die UPD Patientenberatung Deutschland gGmbH. Er bedauere, dass es keine Anlauf- bzw. Beratungsstelle zu Pflege Themen gebe.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

7 PflegeNetz in Dresden

Frau Fuchs informiert über den aktuellen Stand des Entlassmanagements. Unter anderem teilt sie mit, im PflegeNetz Dresden habe man verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Im Ergebnis dessen sei u. a. ein Überleitungsbogen gemeinsam entwickelt (wurde an die Mitglieder verteilt) worden, dieser habe sich in den letzten Jahren gut etabliert. Allerdings müsse man dafür werben, dass dieses Instrument, es ist ein Element des Entlassmanagements, auch verwendet werde.

Der Dresdner Überleitungsbogen sei ein Herzenswunsch des Seniorenbeirates gewesen, entgegnet **Herr Stadtrat Rentsch**, der Erfolg nicht ganz so groß, da der Überleitungsbogen nicht in allen Kliniken angewendet werde. Er fragt, warum dies so sei.

Letztendlich durch die verschiedenen Trägerschaften, antwortet **Frau Fuchs**. Sie wiederholt, der Überleitungsbogen habe sich bereits gut etabliert, allerdings noch nicht flächendeckend.

Herr Dudeck fragt, ob es den Therapieordner auch in anderen Kliniken oder zu speziellen Krankheitsbildern gebe, als nur im Krankenhaus Dresden Friedrichstadt.

Frau Fuchs antwortet, flächendeckend könne sie es so nicht bestätigen, in dem Umfang nur das Krankenhaus Dresden Friedrichstadt.

Frau Dr. Sawatzki fügt hinzu, dass es ab Oktober 2016 den bundeseinheitlichen Medikationsplan geben werde, zu dem jeder Hausarzt und jede Klinik verpflichtet sei. Dieser wird durch die Schriftführerin per Mail an die Mitglieder versandt. Sie schlägt vor, im PflegeNetz müsste besprochen werden, ob eine Form zusätzlich geschaffen werden könne, bei der Pflegedokumentation die Überleitung mit einzubinden.

Dies sei ein guter Vorschlag, äußert **Frau Fuchs** und nehme das mit auf die Agenda, wenn man sich mit der Fusion und der Anpassung der einheitlichen IT-Systeme befasse.

Es gibt keine Anmerkungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

8 Informationen/Sonstiges

Frau Dr. Kaufmann äußert, das Thema Haushalt sei in den Beiräten nur von informatorischer Bedeutung. Allgemein sei der Haushalt insgesamt 2017/2018 1,5 bzw. 1,6 Milliarden Euro umfassend und erklärt ausführlich anhand einer Präsentation (s. Anlage), Senioren betreffend, wie folgt:

- Sozialamt (Ergebnishaushalt ohne Personalaufwand)
- Aufwand nach Produkten
- Zuwendungen zur Förderung freie Träger Wohlfahrtspflege
- Zuwendungen zur Förderung freie Träger Wohlfahrtspflege: Unberücksichtigte Bedarfe: Ältere und Pflegebedürftige.

Frau Lohse, Amt 50, erläutert anschließend Folie 5 „Zuwendungen zur Förderung freie Träger Wohlfahrtspflege – Unberücksichtigte Bedarfe: Ältere und Pflegebedürftige“.

Herr Dudeck stellte folgende Anfragen schriftlich vorab an die Verwaltung:

1. Welche städtischen Mittel sind im Haushaltplanentwurf 2017/2018 zum Finanzieren von Beratungs- und Begleitdiensten für alte und behinderte Menschen u. a. niedrigschwellige Hilfsangebote für einkommensschwache Einwohner vorgesehen?
2. Aus welchen Quellen und in welcher Höhe wird der DVB-Begleitdienst gefördert?
3. Werden gleiche oder ähnliche Angebote gemeinnütziger Träger gleichwertig mit öffentlichen Mitteln gefördert?
4. Welche Wohnberatungsstellen bestehen und sind vorgesehen und wie werden sie finanziert? Diesbezüglich wird u. a. Dr. Peter Müller, stellvertr. Vorsitzender des Seniorenbeirates und Leiter der AG „Wohnen im Alter“, nachfragen. Da Dr. Müller vollblind ist, benötigt er Informationen „barrierefrei“.

Frau Dr. Kaufmann beantwortet o. g. Fragen.

Nicht zufriedenstellend erachtet **Herr Dudeck** die Beantwortung.

Eine schriftliche Beantwortung o. g. Fragen sichert **Frau Dr. Kaufmann** zu (Beantwortung s. Anlage).

Herr Dr. Müller fragt nach der Position „Nachbarschaftshilfe“ im Haushalt sowie „Aktivitäten im Sozialraum“. Wohnberatung könne man durch Umverteilung lösen, er sehe hier zu wenige Ansätze.

Frau Lohse, Amt 50, antwortet, „Netzwerkarbeit Nachbarschaftshilfe“, finde man über das „Sozialraumbudget“ und über die „Begegnungs- und Beratungszentren“.

Frau Dr. Kaufmann ergänzt zur zentralen Wohnberatungsstelle, man habe momentan aus finanziellen Gründen nicht geschafft, dies im Haushalt abzubilden und erläutert ausführlich. Abschließend fügt sie hinzu, dass der Bedarf meist höher sei, hier müsse es Schwerpunktsetzungen geben. Durch die politischen Gremien könne ein Umsteuern bzw. ein Bestätigen erfolgen.

Herr Dr. Müller fragt nach dem Sozialraumbudget und **Frau Lohse, Amt 50**, antwortet, dies sei noch nicht untersetzt.

Herr Stadtrat Rentsch informiert über eine Einladung des Seniorenbeirates Leipzig am 25.10.2016 in Leipzig, er nehme daran teil sowie über den „Internationalen Tag der älteren Menschen“ in Magdeburg am 30.09.2016 und 01.10.2016.

Herr Dudeck übergibt den Mitgliedern das Infoblatt „Sturzprophylaxe“ als Beilage für die Notfallmappe.

Herr Dr. Müller erinnere an die „Europäische Mobilitätswoche in Dresden“ vom 16.09.2016 – 22.09.2016.

Frau Müller berichtet über den Besuch am 05.09.2016 mit Herrn Stadtrat Rentsch und Herrn Müßig in der Begegnungsstätte für demenzkranke Menschen in Dresden Gorbitz. Für diese Einrichtung sei die Teilnahme des Seniorenbeirates von großer Bedeutung gewesen. Diese Begegnungsstätte habe den Wunsch geäußert, im Seniorenbeirat über die Arbeit zu berichten. Frau Müller signalisierte ihre Mitarbeit, dadurch sei eine Verbindung zum Seniorenbeirat gegeben. Überraschend war, dass es seit zwei Jahren dort keine offizielle Seniorenberatungsstätte mehr gebe.

Herr Stadtrat Rentsch habe zugesichert, dass ein Vertreter der Begegnungsstätte in eine Sitzung des Seniorenbeirates im nächsten Jahr eingeladen wird.

Zum Thema „Begegnungsstätte schließen“ ergänzt **Frau Lohse, Amt 50**, die Besucherzahlen in der Begegnungsstätte in Dresden Gorbitz seien rapide gesunken, so dass man Senioren z. B. in den Nachbarschaftshilfverein in Gorbitz sowie die finanziellen Mittel umgesteuert habe, dahin, wo es erforderlich erschien.

Herr Dr. Müller ergänzt zu den Ausführungen von Frau Lohse, Amt 50, Fachgremienarbeit sei sehr wichtig und

Herr Dudeck fragt, wie es mit den Anlaufstellen für ältere Bürger sei, die 2014 mit Bundesmitteln gefördert, aber nicht genutzt worden.

Das Programm habe man zurück gegeben, es seien keine Mittel dafür abgefordert worden, entgegnet **Frau Lohse, Amt 50**. Der Alternativ e. V. habe Bundesfördermittel erhalten.

Frau Dr. Sawatzki informiert über „Leipziger Gespräche zur Gesundheits- und Sozialpolitik“ am 22.09.2016 in Leipzig, über den „Weltalzheimerstag“ am 20.09.2016 – 24.09.2016 in Dresden und die Fachveranstaltung „Gesundheit für geflüchtete Menschen“ am 01.11.2016 in Dresden in der Dreikönigskirche. Abschließend fragt Frau Dr. Sawatzki, ob für die Besetzung des Bildungsbeirates ein Mitglied des Seniorenbeirates vorgeschlagen wurde.

Herr Stadtrat Rentsch habe immer wieder auf einen Sitz im Bildungsbeirat hingewiesen, dies sei aber Sache der Verwaltung.

Herr Müßig ergänzt zum Besuch in der Begegnungsstätte für demenzkranke Menschen in Dresden-Gorbitz, er freue sich, dass Frau Müller eine Teilnahme signalisiert habe und er komme bei Bedarf auf sie zu.

Herr Kummer fand die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Sittel und Herrn Lauber sehr aufschlussreich. Zu überlegen sei, was davon für Dresden übernommen werden könne.

Herr Stadtrat Rentsch fügt hinzu, er wolle nochmals mit Herrn Bürgermeister Sittel ins Gespräch kommen, insbesondere zum Thema kriminalpräventiver Rat.

Zum TOP 9 gibt es keine Informationen sowie allgemein keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** beendet die 10. Sitzung des Seniorenbeirates.

Klaus Rentsch
Vorsitzender

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Gabriele Lohse
Mitglied

Siegfried Müßig
Mitglied